

Blick vom SPD Torturm



Ein kommunalpolitisches Infoblatt der SPD Winnenden

140 Jahre Deutsche Sozialdemokratie Eine mutige SPD ist eine starke SPD

1863

Am 23. Mai Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle in Leipzig - die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie.

1875

Vereinigung des ADAVs mit der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

1890

nach dem Fall der "Sozialistengeste" wird die SPD bei den Reichstagswahlen mit 19,7 % stärkste Wählerpartei im Kaiserreich.

1918

Kaiser Wilhelm II dankt ab. Scheidemann ruft die "deutsche Republik" aus. Zwei Stunden später verkündet Liebknecht die "freie sozialistische Republik". Friedrich Ebert wird Reichspräsident. Die SPD wird zur maßgeblichen politischen Kraft auf dem Boden der Weimarer Verfas-

sung, die sie als demokratische Grundordnung in weiten Bereichen mitgestaltet hat.

1933

Machtergreifung Hitlers, die SPD wird verboten - die politische Opposition wird verfolgt, viele finden den Tod in den Konzentrationslagern

1945

Unter Kurt Schumacher, der eine Vereinigung mit den Kommunisten kategorisch ablehnt, formiert sich die SPD in den Westzonen neu. In der Ostzone Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED

1959

Verabschiedung des Bad Godesberger Grundsatzprogramms. Unter der Führung von Erich Ollenhauer und Herbert Wehner öffnet sich die SPD breiten Wählerschichten und wird zur Volkspartei.

1969

Willy Brandt wird der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der

Nachkriegsgeschichte. Die Entspannungspolitik bewegt die Menschen.

1974

Rücktritt von Willy Brandt, nachdem der Mitarbeiter Günther Guillaume als DDR-Spion, entlarvt wurde. Helmut Schmidt wird sein Nachfolger und führt die sozialliberale Koalition mit Hans-Dieter Genscher weiter.

1982

Die sozialliberale Koalition zerbricht. Die SPD muss nach dreizehn Jahren Regierungsverantwortung wieder mit der Oppositionsrolle vorlieb nehmen.

1989

Berliner Mauer fällt. Im Oktober schon wird die SPD in der DDR gegründet. "Es wächst zusammen, was zusammengehört" so Willy Brandt.

1998

SPD gewinnt die Bundestagswahl und bildet zusammen mit den Grünen/ Bündnis 90 die rot-grüne Koalition

140 Jahre SPD - Was sagen sie uns?

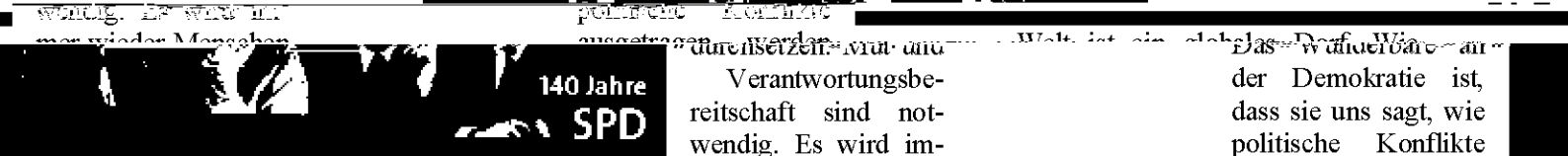
SozialdemokratenInnen wurden wegen ihrer Überzeugungen verfolgt und ermordet. SozialdemokratenInnen haben schon immer Verantwortung für Deutschland übernommen, von wegen "vaterlandslose Gesellen". Politische Veränderungen erzielen wir nicht mit der großen Harmonie im Schlafwagen, sondern sie müssen erstritten, ja auch erkämpft werden.



Erneuerung hat bei uns Tradition

Ländern steigt stetig, bei den öffentlichen Haushalten klaffen riesige Finanzlöcher, Deutschland hat 4,5 Millionen zu viele Arbeitslose, die Bevölkerungspyramide beginnt sich auf den Kopf zu stellen. Es hat sich erheblicher Handlungsbedarf angestaut. Veränderungen müssen gewagt werden.

Eine jede Zeit muss ihre Antworten finden. Neues muss sich



Welt ist ein globales Dorf. Wie halten wir es dann heute mit der Freiheit? Mit der Gerechtigkeit? Mit der Solidarität?

Die SPD machte in ihrer Geschichte mit Sicherheit nicht immer alles richtig. Wer könnte das auch von sich behaupten? Heute stehen wir wieder an einer Wendemarke. Die internationale Sicherheitsnetze werden brüchig, das Wohlstandgefälle zwischen reichen und armen

geben, die für Ihre Überzeugungen eintreten und sich in der SPD zusammen tun. Denn: Einigkeit macht stark. Und Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden wir auch morgen brauchen, in Deutschland, in der globalen Welt.

Andreas Herfurth

Das Wandel über die Demokratie ist, dass sie uns sagt, wie politische Konflikte ausgetragen werden sollen. Das Ergebnis des politischen Streites ist offen. Aber der Weg, wie wir zum Ziel kommen, ist beschrieben. Demokratie bedeutet auch gewollter Verlust, nämlich Machtverlust und Machtgewinn.

Die großen alten politische Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, sind noch heute die Grundwerte der SPD. Nur: Was be-

Vorbereitung des UN-Weltgipfels in Südafrika durchgeführt. Die einzige Frage war: Meinung ab über Lösungen für den Mangel an Nahrung war ein großer Reinfall. "Nahrung" bedeutet, was "ehrlich" bedeutet. "Meinung" bedeutet, was "Mangel" bedeutet. "Nahrung" bedeutet, was "Lösungen" bedeutet. "Nahrung" bedeutet, was "bitte" bedeutet. "Nahrung" bedeutet, was der "Rest der Welt" bedeutet...

Impressum
 Verantwortlich i.S.d.P.:
 Andreas Herfurth, Haselsteinstraße 10,
 71364 Winnenden
 Redaktion:
 Andreas Herfurth,
 Erwin G. Halter,
 Thomas Schick

Schon gehört?
 Vergangenes Jahr wurde in Vor- eine weltweite Umfrage durchge- "Geben sie bitte ihre ehrliche M Nahrung im Rest der Welt!" Di In Afrika wussten sie nicht, was In Osteuropa wussten sie nicht, In Westeuropa wussten sie nicht, In China wussten sie nicht, was In Mittleren Osten wussten sie n In Südamerika wussten sie nich Und in den USA wussten sie nic

Quelle unbekannt

Der Irak-Krieg – Desaster oder Erfolg?

Der Krieg gegen den Irak war völkerrechtswidrig und ist auch durch den Sturz des Saddam-Regimes nicht zu rechtfertigen. Die angreifenden Regierungen müssten angeklagt werden, nicht nur die Verlierer. Dieser Krieg hatte mit Abrüstung, Menschenrechten oder Demokratie absolut nichts zu tun, denn dieser Krieg war minutiös geplant lange bevor die Diskussion im Sicherheitsrat anfang - weil Herr Bush das so wollte.

Geplagt von Versager - Komplexen, gestärkt durch fundierten Gotteswahn wollte George W. Bush einen noch besseren Krieg als sein Vater führen. Der US-Präsident benutzt oft religiöse Vokabeln: Er spricht von der Achse des „Bösen“ und vom „Kreuzzug“ gegen den Terror. Häufig schließt er seine Reden mit der

Formel: „Gott schütze Amerika“. Ist Bush deshalb ein überzeugender Christ? Sein Bemühen die Öffentlichkeit mit seinen religiösen Vorstellungen von seiner Art der Machtausübung zu überzeugen ist hinreichend bekannt. Noch immer merkt Herr Bush nicht, dass man alles, was man böse nennt, längst in die eigene Praxis übernommen hat.

Dieser Krieg hat unendliches Leid über die Bevölkerung gebracht. Das Ausmaß der Bombardierungen übersteigt bei weitem alle Erwartungen. Mit Ausnahme des Ölministeriums wurden mehr oder weniger alle Gebäude der Regierung zerstört, zudem noch Wohnhäuser, Hospitäler, Schulen und Läden. Tausende Iraker sind ums Leben gekommen. Die Überlebenden werden die Schrecken in ihren Köpfen nie wieder los werden.

Terminhinweis:

Am 30.05.03 findet wieder unser Stammtisch im Spaghettihaus statt. Thema unter anderem die Agenda 2010.

Beginn: 20:00 Uhr

Die humanitäre Katastrophe ist genau so eingetreten, wie von Experten vorausgesagt. Die medizinische Versorgung, die Wasserversorgung, die Abwasserreinigung, all das liegt in den großen Städten im Argen und dass Nahrungsmittelknappheit besteht ist hinlänglich bekannt. Hinzu kommt noch eine sich ausbreitende Anarchie. Die Bevölkerung ist froh, dass Saddam gestürzt ist und zornig darüber, dass die Amerikaner die Zügel in der Hand behalten will.

Erwin G. Halter

Jugend vor

- Warum sich ein Jugendlicher, gerade heute, politisch engagieren sollte" - von Benjamin Johannes Dörr (17 Jahre alt)

Immer wieder ist von der sogenannten "Ellenbogengesellschaft" die Rede, deren Bedeutung meines Erachtens nach eine wesentliche Entwicklung des Verhaltens und des Umgangs der Menschen- und gerade der Jungen- untereinander adäquat beschreibt. Die Gesellschaft wird zunehmend von Egoismus geprägt- in allen Bereichen. Das gemeinschaftliche Denken gerät, so traurig es klingen mag, immer weiter in den Hintergrund und droht gänzlich zu verschwinden, sofern nicht endlich etwas gegen diese Veränderung, die wohl niemand für gut heißen kann, unternommen wird. Und wer wäre wohl besser für ein Stoppen dieser Entwicklung geeignet, als, ja, die Jugend? Zu dieser zähle ich auch. Jung, verhältnismäßig unerfahren und

gerade erst in das Leben startend. Nichtsdestotrotz ist es doch unsere Zukunft, die auf dem Spiel steht. Wir sind es, die in der Welt, die maßgeblich von den jetzigen Politikern beeinflusst wird, zurecht kommen müssen. Und da sollte es doch selbstverständlich sein, dass wir, die Jugendlichen, das Zepter selbst in die Hand nehmen, dass wir versuchen, unsere Zukunft mitzugestalten. Aus diesem Grund werde ich politisch aktiv und hoffe, dass diejenigen, die meinen Artikel lesen, sich einige Gedanken über diesen machen. Die SPD ist das beste Forum für Jugendliche, sich für die Gesellschaft und somit für die eigene Zukunft einzusetzen. Sie war am Aufbau des Sozialstaates in Deutschland maßgeblich beteiligt und sollte daher auch als Werkzeug für den Erhalt dieses Sozialstaates dienen- für alle, und besonders für die Jugend von heute. Ich bin Mitglied der SPD und hoffe, durch mein Wirken in dieser, etwas zu errei-

chen- soziale Gerechtigkeit, dafür steht die SPD- und ich würde mich über nichts so sehr freuen, wie wenn sich auch andere Menschen meiner Generation dieser zukunftsorientierten Partei anschließen würden- um etwas zu erreichen: Nämlich die Sicherung unser aller Zukunft!

Sie dürfen unsere politische Arbeit gerne auch finanziell unterstützen mit einer Spende auf unser Konto.

**Unsere Bankverbindung:
SPD Winnenden
Konto-Nr. 3425002
Bankleitzahl 602 915 01
Volksbank Winnenden.**

Agenda 2010

Wer in den letzten Wochen die Aufregung um die Agenda 2010 aufmerksam verfolgt hat, dem wird in erster Linie der Sturm aufgefallen sein, den sie in den Reihen des DGB und Teilen seiner Einzelgewerkschaften ausgelöst hat, aber auch in den eigenen Reihen.

Oft genug schon wurde in den Medien berichtet, was Gerhard Schröder mit dieser Agenda eigentlich will. Deshalb ersparen wir uns einen Überblick darüber. Ich will versuchen, darauf einzugehen, was eigentlich diesen Sturm ausgelöst hat.

Von gewerkschaftlicher Seite geht es im Wesentlichen um folgende Punkte:

Die Lockerung des Kündigungsschutzes

Betriebe mit weniger als fünf unbefristet angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll es erlaubt werden, eine unbegrenzte Anzahl von Arbeitskräften befristet einzustellen, ohne dass - wie heute noch der Fall - der Kündigungsschutz in diesem Betrieb dann für alle Beschäftigten ausgelöst wird.

Die Gewerkschaften befürchten, dass dies dazu führen könnte, dass Betriebe darauf auch dann zurückgreifen werden, wenn sie ansonsten unbefristet eingestellt hätten, nur um so den Kündigungsschutz zu umgehen.

Unsere Regierung erwartet hiervon jedoch notwendige Impulse auf dem Arbeitsmarkt, die Kleinbetriebe ermutigen sollen, für mehr Beschäftigung zu sorgen.

Zum Thema Agenda 2010 finden sich im Internet etliche Quellen: Gerhard Schröders Regierungserklärung und weiteres Informationsmaterial ist unter der Homepage der SPD (<http://www.spd.de>) abrufbar. Einen Hinweis auf die Regierungserklärung finden sie auch auf der neuen Homepage des Ortsvereins Winnenden (Stichwort „Mut zur Veränderung“ <http://winnenden.bawue.spd.de>). Dort finden Sie auch aktuelle Terminhinweise, Infos zu unseren Aktionen und vieles mehr.

Reform des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe

Mit der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes will die Bundesregierung die Frühverrentung in den Betrieben stoppen, die dazu geführt hat, dass immer mehr Betriebe immer weniger ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Diesen Beschäftigten wurde häufig eine sehr günstige Brücke in den Vorruhestand gebaut - auf Kosten der Beitragszahler.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in einem neuen, bundesfinanzierten Arbeitslosengeld II sollen auch die Kommunen entlastet werden - insbesondere Kommunen in strukturschwachen Gebieten werden überproportional entlastet.

Die Gewerkschaften sehen das anders: Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes werde in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation nicht dazu führen, ältere Arbeitnehmer länger in Beschäftigung zu halten. Künftig würden ältere Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, vielmehr sehr rasch zu Sozialhilfeempfängern. Da mit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe angesenkt wird.

Veränderungen im Bereich der Krankenversicherung

Das Krankengeld muss künftig von den Versicherten allein getragen werden; das bedeutet eine monatliche Eigenbeteiligung für alle Versicherten in Höhe von ca. 15 - 20 Euro. Nichts ändert sich indes an der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall für die ersten 6 Wochen.

Aus Sicht der Gewerkschaften führen die Streichung des Krankengeldes, die Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sowie der Abbau des Kündigungsschutzes nicht zu mehr Wachstum und Be-

schäftigung. Sie haben ihrerseits weitreichende Vorschläge unterbreitet.

Es sei nicht zu begreifen: Große Konzerne hätten über mehrere Jahre nicht nur keine Steuern gezahlt, sondern vom Staat sogar Geld zurückbekommen. Genauso wenig sei zu verstehen, dass für hohe Vermögen keine Steuern mehr gezahlt würden. Die Einkommensteuer für hohe Einkommen werde immer mehr zu einer Bagatellesteuer. Die dicksten Brocken trügen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - Tendenz steigend. Diese "soziale Schiefelage" sei nicht nur ungerecht, sondern gefährde die Binnennachfrage und koste Arbeitsplätze. Mehr Steuerehrlichkeit und eine neue Steuergerechtigkeit seien notwendig. Dazu müssten Steuerlücken - insbesondere für die hohen Gewinne, Einkommen und Vermögen - geschlossen werden.

Das Dilemma: Eigentlich sollte der Staat in Zeiten der Hochkonjunktur Gelder zurücklegen, um für Zeiten eines wirtschaftlichen Tiefs gerüstet zu sein. Dies ist nicht geschehen, antizyklische finanzpolitische Instrumente können nicht eingesetzt werden - erst recht nicht vor dem Hintergrund des Stabilitätspaktes der EU, dem sich alle verpflichtet fühlen müssen, wenn sie Politik nachhaltig gestalten wollen, auch und gerade für kommende Generationen.

Und nun klafft da nach neuesten Erkenntnissen im Bundeshaushalt 2004 ein Loch von 16 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund mehren sich die Stimmen, dass die in der Agenda 2010 angedachten Maßnahmen nicht annähernd ausreichen. Forderungen nach drastischen Kürzungen der Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen werden aus der Opposition laut.

Gerade deshalb müssen Reformen angepackt werden, möglichst aber ohne einen Bruch mit den Gewerkschaften herbeizuführen. Aber wenn dies kurzfristig nicht mehr möglich ist, dann muss es auch ohne Einigung gehen.

Thomas Schick